Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv
(Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 36.– Mark
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hansa 2447–51

Nr. 33 | Hamburg, den 13. August 1920 | 5. Jahrg.

Die Lage

Die Bemerkung des Ministers Dr. Simons, es seien in Rußland nicht nur zerstörende sondern auch aufbauende Kräfte am Werk, ist von der deutschen Öffentlichkeit mit einem unwilligen Erstaunen aufgenommen worden, das um so merkwürdiger ist als es ganz ehrlich zu sein scheint. Wenn ein künftiger Geschichtsschreiber in unserer Zeit nach jenen „petits faits“ sucht, die der Zeit selber unerheblich und selbstverständlich scheinen, in denen sich aber dem fernen Beobachter die ganze Lage der Dinge wie unter dem blendenden Schein eines plötzlich aufleuchtenden und verlöschenden Feuers zeigt, so wird er vielleicht in der Wirkung jener Reichstagsrede eines der bemerkenswertesten finden.

Was ist geschehen? Ein deutscher Minister, seit Spa der führende Mann der Reichsleitung, hat bekannt, zwar kein Anhänger des Bolschewismus aber ein Anerkenner seiner Leistungen zu sein. Wie kann das sein? fragt die Öffentlichkeit. Wie ist es möglich, nicht Bolschewist zu sein und in ihm doch nicht nur den Inbegriff aller bösen Säfte der Menschheit zu sehen? Und wo sind diese Leistungen? Wo sind die Materialien, auf die Herr Dr. Simons seine Behauptung gründet?

So viel Fragen, so viel Probleme; so viel Probleme, so viel Aufschlüsse über die geistige Verfassung des heutigen Deutschen. Die Anschauung des Ministers ist in keinem Regierungsprogramm vorgesehen. Die Bolschewisten anzuerkennen gilt als ein Monopol der Kommunisten und Unabhängigen (von denen Lenin nichts wissen will). Diese Konvention hat der Minister verletzt. Daher der Aufruhr. Und doch hat er nur Unbestreitbares gesagt.

Daß in Rußland seit dem Sturz der Zarenherrschaft das Furchtbarste alltäglich geworden ist, wird von keinem der Sowjetführer geleugnet. Es gibt kein Gemeinwesen der Welt, das seinen Gliedern ein so grausam getreues Bild seiner Lage und seiner Aussichten immer wieder vorzuhalten wagte wie Sowjetrußland. Hier endlich hat man begriffen, daß der Wille zum Durchhalten und Bestehen nicht durch gefärbte Statistiken und schönrednerische Versicherungen gefördert wird, sondern allein durch den Zwang zum Anblick des Entsetzlichen selber, das nur der Mut ertragbar machen kann. Man hat den gigantischen (aber eben deshalb menschliche Kräfte übersteigenden) Versuch unternommen, die planmäßige Arbeit aller produktiven Kräfte durch Zusammenlegung und Trustbildung, Arbeitszwang und Militarisierung der Wirtschaft nach dem zentralen Willen eines Obersten Volkswirtschaftsrats zu sichern, aber es wird kein Hehl daraus gemacht, daß die Räteherrschaft heute weder den Hunger noch die Kälte bannen kann, daß die Produktion nur einen Bruchteil der früheren erreicht, daß die Transportmittel verkommen, und daß die Leiden der Arbeiterklasse, jetzt der herrschenden im Staat, größer sind und größer sein müssen als jemals früher. Es wird auch unumwunden ausgesprochen, daß zwar der Kapitalismus gestürzt, aber der Sozialismus noch längst nicht verwirklicht ist, daß die schwersten Kämpfe und neue Entbehrungen erst bevorstehen, daß verhängnisvolle Fehler gemacht worden sind und erst allmählich abgestreift werden, daß ein mühsamer Kleinkampf mit Hilfe von Anpassungen und Kompromissen geführt werden muß, und daß in dieser Zeit des einsamen Kampfes von Rußland nichts anderes gefordert wird als Selbstaufopferung, diese „ehrenvollste und schwerste Aufgabe der Geschichte“ (Lenin auf dem IX. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands, April 1920).

„Wenn die Arbeiterklasse zur Selbstaufopferung bereit ist, wenn sie bewiesen hat, daß sie alle ihre Kräfte anzustrengen versteht, so entscheidet das die Sache. Alles muß zur Lösung dieser Aufgabe geopfert werden. Die Entschlossenheit der Arbeiterklasse, ihr unbeugsamer Wille zur Verwirklichung der Losung: „eher untergehen als sich ergeben“ — diese Entschlossenheit ist nicht nur ein historischer Faktor, sondern der entscheidende, der Siegesfaktor“ (ebenda).

Lenins Glaube ist nicht unser Glaube. Aber es ist unmöglich, solche Sätze zu lesen, ohne den Geist zu achten, aus dem sie gekommen sind. Wir halten seinen Horizont für eng, sein Weltbild für veraltet, seine Wirtschaftspolitik für doktrinär. Aber hier redet ein stählerner Wille, der Geschichte macht, mit seinem Recht und seinem Unrecht.

Man verlangt Materialien, die beweisen, daß dieser Mann kein bloßer Redner ist? Immer verlangt man „Materialien“, wo es doch genügen würde zu sehen, was klar vor aller Augen liegt. Dieses hungernde, frierende, zertrümmerte und abgeschnürte Rußland führt nach drei Jahren Weltkrieg Bürgerkrieg auf Bürgerkrieg, nach weiteren drei Jahren Bürgerkrieg einen Nationalkrieg gegen die aggressive Vorhut der Ententeländer — und siegt. Das aber bedeutet heute nicht nur militärischen Elan, sondern auch Sicherung der Verpflegung und des Nachschubs, der Munition und der Verbindungen, also wirtschaftliche Organisation. Und nicht nur dies wird geleistet, sondern man hat erreicht, daß sich freiwillig immer mehr nicht-bolschewistische Teile des Volkes unter der Führerschaft der Diktatoren sammeln, die man haßt und denen man sich doch nicht versagen kann.

Bei der Beurteilung dessen, was in Rußland geleistet und nicht geleistet wird, wird man gut tun, sich zu vergegenwärtigen, daß man es hier nicht mit einer Volkswirtschaft, sondern mit einem Heerlager zu tun hat, auf breitester

agrarischer und schmalster industrieller Grundlage. Hatte die Räteregierung noch im Frühjahr gehofft, den Bürgerkrieg beendet zu haben und Arbeiterarmeen für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes frei werden zu sehen, so hat der polnische Angriff sie wiederum gezwungen, alle Kräfte in den Dienst des Krieges zu stellen. „Wir müssen um jeden Preis den Grundsatz verwirklichen und ins Leben umsetzen, den wir in unserer Politik stets befolgten und der uns den Erfolg sichert. Dieser Grundsatz besteht darin, daß, wenn es zum Kriege gekommen ist, alles, das ganze innere Leben des Landes den Interessen des Krieges untergeordnet werden muß, daß es kein Schwanken in dieser Frage geben kann. . . . Mag keine Versammlung, keine Konferenz vergehen, ohne daß in erster Linie die Frage steht: haben wir alles für den Krieg getan, haben wir unsere Kräfte genügend angestrengt, haben wir genügende Unterstützung an die Front geschickt? . . . Jedes Opfer, jede Hilfe für die Front." Mögen die Städte hungern und frieren: es ist ihr Beitrag zum Siege.

Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Daseinsbedingungen der planmäßige Aufbau der russischen Gemeinwirtschaft (es sind die kommunistischen Übersetzungen der bolschewistischen Veröffentlichungen, die dieses Wort aufgenommen haben) in den ersten rohen Ansätzen stecken bleiben mußte. Es kam hinzu, daß die Bourgeoisie und die Intellektuellen mit wenigen Ausnahmen ihre Mitarbeit verweigert haben. Erst in neuerer Zeit scheint sich hierin eine Wandlung zu vollziehen. So wird berichtet, daß Professor Gredeskul, ein Führer der Kadettenpartei und 2. Vorsitzender der Reichsduma, in einem Vortrag vor Eisenbahnbeamten und Technikern über die Argumente, die der Militarisierung der Arbeit, der Arbeitsdisziplin und der Arbeitspflicht entgegengesetzt zu werden pflegen, die Intellektuellen vor einem weiteren Abseitsstehen gewarnt habe. „Es gibt keine Rückkehr zum andern Ufer . . ." Die Sowjetführer wiederum erklären in den „Thesen des Hauptarbeitskomitees zur Woche der Arbeitsfront": „Alle zur Verfügung stehenden Fachleute müssen verwendet werden, und zwar können ihnen nach und nach verantwortliche und leitende Stellen eingeräumt werden. Es muß ein planmäßiger Kampf organisiert werden gegen die Verwendung qualifizierter Arbeitskräfte zu Arbeiten, die nicht auf ihrem Fachgebiet liegen." Und Trotzki fügt hinzu: „wo der Arbeiter fertig wird, muß er der Leiter der Fabrik sein und einen Spezialisten zum Gehilfen haben; wo aber der Spezialist am Platze ist, muß dieser zum Leiter gemacht und ihm ein Arbeiter zum Gehilfen beigegeben werden."

Dennoch dürften diejenigen enttäuscht werden, die in der Zurückdrängung der Betriebsräte und in der Heranziehung nicht-bolschewistischer Klassen die Abkehr von den Zielen des strengen Marxismus und ein Kapitulieren vor dem Kapitalismus sehen wollen. Wenn für den deutschen Arbeiter Sozialisierung und Sozialismus zusammenzufallen pflegen, so besteht für die mit einem stärkeren Abstraktionsvermögen und stärkerem Entscheidungswillen begabten Führer der Sowjetrepublik ein klares Bewußtsein der Spannung von Endziel und Weg. Kein Anzeichen erlaubt zu vermuten, daß Lenin auf dem Wege zum Revisionismus und Opportunismus sei. Die Richtung seiner Politik ist noch immer durch das marxistische Dogma gegeben. Den Weg dahin aber sucht er mit der erfinderischen und zähen Ausdauer des russischen Bauern, die auch Trotzki in seinem wichtigen Aufsatz über: „Das Nationale in Lenin" hervorhebt und in Gegensatz zu der komplizierten und intellektualistischen Art des großen deutschen Dogmatikers Marx stellt:

> „Der literarische und oratorische Stil Lenins ist ganz furchtbar einfach, asketisch wie sein ganzes Wesen. Aber dieses machtvolle Asketentum hat auch nicht den Schatten von Moralpredigt an sich. Es ist dies kein Prinzip, kein erdachtes System und gewiß schon keine Ziererei, sondern einfach der äußere Ausdruck dieser inneren Konzentrierung der Kräfte für die Tat. Es ist dies eine wirtschaftliche, dem Bauern eigentümliche Sachlichkeit, allerdings in einem Riesenmaßstab. Wenn Lenin, das linke Auge zugekniffen, einen Funkspruch entgegennimmt, in dem die Parlamentsrede eines Lenkers der imperialistischen Geschicke oder die fällige diplomatische Note mitgeteilt wird, sieht er einem verteufelt klugen Bauern ähnlich, der sich durch keine Worte irre machen, durch keine Phrasen betören läßt. Es ist dies eine hochpotenzierte, bis zur Genialität gesteigerte Bauernschlauheit, ausgerüstet mit dem letzten Wort des wissenschaftlichen Gedankens."

Wenn man diesen Mann einen Schritt zurück tun sieht, so kann man sicher sein, daß hier nur ein strategischer Rückzug vorliegt. Man mag an das Schlußwort denken, das er — ein halbes Jahr vor dem deutschen Novemberumsturz — für sein Buch über „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" geschrieben hat und in dem es heißt: „Eine ungewöhnlich schwierige, schwere und gefährliche Sache in internationaler Beziehung ist: die Notwendigkeit zu lavieren und sich zurückzuziehen; eine Periode des Abwartens vor neuen Ausbrüchen der Revolution, die qualvoll langsam im Westen heranreift .... lavieren, sich zurückziehen, abwarten, langsam bauen, erbarmungslos „strammer anziehen", strenger disziplinieren, die Ungebundenheit zertrümmern. Hysterische Aufwallungen brauchen wir nicht. Wir brauchen den gemessenen Tritt der eisernen Bataillone des Proletariats."

Ein solcher Mann paktiert nicht um des lieben Friedens willen. Er ist kein Lloyd George, der nach einem Wort John Maynard Keynes zufrieden ist, etwas zustande zu bringen, das sich für eine Woche sehen lassen kann. Es ist wichtig, sich hierüber klar zu sein, wenn man über die Lage des Deutschen Reiches und seine Entscheidungen dieser krisenschwangeren Zeit ein Urteil fällen will. Nichts wäre gefährlicher, als sich über die Stärke und Dauer, die Konsistenz und die Richtung dieses Grundfaktors unserer auswärtigen und inneren Politik zu täuschen. Es scheint, daß Dr. Simons diesem Fehler nicht verfallen will. Wenn er aber ausspricht, und wie uns scheint mit Recht, daß der Bolschewismus nicht mit Gewalt bekämpft werden kann, sondern nur mit dem Geist, und daß es gelte, diesem fressenden Feuer ein mächtigeres Gegenfeuer entgegenzusetzen: so muß doch gefragt werden, wo denn dieses Feuer in Deutschland angezündet ist.... Die Arbeitsgemeinschaft, von der der Minister sprach, ist heute ein bloßer Apparat, ein Mittel des Interessenausgleichs, nicht des Staatsaufbaus, und es ist kein Zeichen sichtbar, daß auf diese Weise die tiefe Erregung der von Rußland her bewegten Proletarier beschwichtigt werden könne. Freilich darf man bezweifeln, ob in den Reihen der deutschen Handarbeiterschaft so viel revolutionärer Wille zum Sieg um jeden Preis und so viel Ergebung und Ausdauer im Leiden vorhanden ist, wie die Sowjetführer in ihrem Lande voraussetzen durften. Man muß aber bedenken, daß, anders als in Rußland, die proletarisierten Schichten der Nicht-Handarbeiter in Deutschland zu einem höchst geeigneten Boden für revolutionäre Gedanken geworden sind und immer mehr werden müssen. Sie werden schon heute glauben, daß sie nichts mehr zu verlieren haben; sie fühlen auch stärker als andere Klassen das Unerträgliche des heutigen Zustandes. Die bestehende Schichtung, beherrscht durch die arbeitgebenden und arbeitnehmenden Nutznießer der Inflation, erzeugt hier ein Ferment, das in den Trägern der französischen Revolution denkwürdige Entsprechungen findet.

Kurt Singer

Die Tschecho-Slowakei und Ungarn

Massenflucht zu den tschechischen Banken — Die neuen Industrieverbindungen — Die einzelnen Banken — Zurückhaltung des westlichen Kapitals — Die Ofenpester Banken — Transaktionen mit ausländischem Kapital

Die geänderte Stellung der tschecho-slowakischen Banken ist aus ihren Abschlußziffern und Geschäftsberichten allein nicht abzulesen. Nirgends zeigen sich deutlicher die Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft als hier. Die bloße Tatsache der staatlichen Verselbständigung hat genügt, um den tschechischen Banken in Böhmen und Mähren gegenüber den deutschen einen gewaltigen Vorsprung zu verleihen, bevor noch staatliche Zwangsmaßnahmen den deutschen Banken und vor allem den Filialen der Wiener Banken ihr Geschäft erschwerten. Schon im Herbst 1918 gingen zahlreiche Kunden von den deutschen zu den tschechischen Banken über. Man versprach sich davon politischen Schutz gegen finanzielle Benachteiligungen. Man erwartete eine günstigere Behandlung seitens der Steuerbehörde, in erster Linie aber Schutz des Kriegsanleihebesitzes. Darin hat sich das Publikum gründlich getäuscht. Das neue Kriegsanleihegesetz behandelt allen Besitz gleich ungünstig, und die tschechischen Banken selbst haben sich und ihre alte Klientel vor den nachteiligen Folgen dieses Gesetzes von vornherein dadurch bewahrt, daß sie bereits im Herbst 1918 den weitaus größten Teil ihres vorher schon nicht bedeutenden Kriegsanleihebesitzes abstießen.

Aber mit dieser Massenflucht der mehr um ihr Geld als um ihre nationale Würde bedachten Bankkunden von den deutschen zu den tschechischen Instituten trat an diese eine Fülle von Aufgaben heran, denen sie weder kapitalistisch, noch organisatorisch gewachsen waren. Und darin fand die Bewegung ihren natürlichen Damm. Sie nahmen unbegrenzt Einlagen entgegen, aber sie konnten doch nur begrenzt Kredite gewähren, zumal sie immer mehr von der Prager Regierung für deren Zwecke in Anspruch genommen wurden, und sie hatten vielfach ihren Kunden an finanzieller Erfahrung, an ausländischen Verbindungen und sonstigen Vorteilen nicht das zu bieten, was die alten eingeführten deutschen Institute zu bieten hatten. Allerdings verstärkten die tschechischen Banken in raschem Tempo ihre finanzielle Rüstung. Sie erhöhten ausnahmslos wiederholt ihr Kapital, aber das genügte doch nicht für die enormen Ansprüche, die die hoch entwickelte tschecho-slowakische Industrie bei Wiederaufnahme ihrer friedlichen Tätigkeit stellen mußte, und es ersetzte vor allem nicht den Mangel an führenden, praktisch erprobten Männern, an internationalem Kredit und an einer alten Organisation, die sich nicht über Nacht aus dem Boden stampfen ließen. Bis Ende 1919 hatten die tschechischen Banken ihr Aktienkapital um nicht weniger als Nominal 540 Mill. csl. K erhöht, und im heurigen Jahr findet diese Bewegung ihre Fortsetzung.

Ihre fortschreitende Machterweiterung lag aber nicht so sehr in der Kapitalsexpansion, als in der Einbeziehung des größten Teiles der tschecho-slowakischen Industrie, die bis dahin mit den Wiener Banken gearbeitet hatte, in ihren Konzern. Der Löwenanteil davon fiel der Zivnostenska banka zu. Sie trat das Erbe der Kreditanstalt und Bodenkredit-Anstalt zugleich an. Die industriellen Verbindungen der Kredit-Anstalt gingen mittelbar dadurch auf sie über, daß die Zivnobank die Böhmische Escompte-Bank zu 55 % unter ihre Herrschaft brachte, mit der die zehn sudetenländischen Filialen der Kreditanstalt vereinigt wurden. Mit der Bodenkredit-Anstalt traf sie ein direktes Abkommen, wonach sie in die Verwaltung der meisten Industrieunternehmungen der Bodenkredit-Anstalt in der Tschecho-Slowakei eintrat, weil die Bodenkredit-Anstalt infolge der wachsenden Währungsdifferenz nicht mehr imstande war, den Kreditbedürfnissen ihrer sudetenländischen Kunden zu genügen. Die Zivnostenska hat heute ein Aktienkapital von 200 Mill. csl. K, aber die letzte Generalversammlung hat bereits eine Erhöhung auf 300 Mill. beschlossen. Vor dem Krieg betrug es 80 Mill. Aber dazu kommt ein ausgedehnter Konzern von nahestehenden Mittelbanken. Dazu gehört vor allem die erwähnte Böhmische Escompte-Bank, die demnächst ihr Aktienkapital von 60 auf 100 Mill. erhöhen wird, die Rosenberger Kreditbank (Syndikat) mit 30 Mill., in Jugoslawien die Kroatische Landesbank mit 100 Mill., die Laibacher Kreditbank mit 20 Mill. K Aktienkapital. Die Bank verwaltete an fremden Geldern Ende 1917: 643, Ende 1918: 1567, Ende 1919: 3058 Mill. csl. K. Bei einem Vergleich mit ähnlichen Ziffern Berliner oder Wiener Großbanken ist zu bedenken, daß in der Tschecho-Slowakei im Jahre 1919 die Inflation keine Fortschritte gemacht hat, daß seit der Notenabstempelung keine weitere Notenemission stattgefunden hat, daß die tschechische Krone ihren Kurs ungefähr in der Nähe der Mark hält und daß schließlich in diesen Ziffern die Vermögenschaften der Konzern-Banken nicht enthalten sind.

Die beiden nächstgroßen tschechischen Banken sind die Böhmische Industrialbank und die Prager Kreditbank. Die Böhmische Industrialbank, die beim Zusammenbruch ein Aktienkapital von 50 Mill. hatte, hat es Ende 1919 auf 150 Mill. gebracht und bereits Erhöhung auf 300 Mill. beschlossen. Die Entwicklung ihrer Einlagen und ihrer industriellen Geschäfte hält damit allerdings bei weitem nicht Schritt. So zeigt die letzte Bilanz erst 803 Mill. Kreditoren und Einlagen (gegen 488 Mill. Ende 1918 und 322 Ende 1917) und selbst dafür hat die Bank in ihrem industriellen Geschäft nicht volle Verwendung gefunden. Von den gesamten Aktiven von 1018 Mill. entfallen auf die verschiedenen Debitoren bloß 305 Mill. (gegen 2037 Mill. bei der Zivnostenska banka), dagegen 343 Mill. auf Vorschüsse an den Staat, Bank- und Postsparkassenguthaben. Hier scheinen die wiederholten Kapitalserhöhungen mehr dem Ehrgeiz der Bankleiter als dem geschäftlichen Bedürfnis zu entspringen. Eine breitere industrielle Grundlage hat die Prager Kreditbank, die es bisher erst auf 75 Mill. Aktienkapital gebracht, aber gleichfalls bereits Erhöhung auf 150 Mill. beschlossen hat. Die bei der letzten Kapitalserhöhung von 50 auf 75 Mill. ausgegebenen Aktien wurden von einer französisch-holländischen Gruppe unter Führung der Société Generale übernommen, die nach ursprünglicher Vereinbarung noch weitere 25 Mill. übernehmen soll, was aber aus unbekannten Gründen bisher nicht geschehen ist. Die Prager Kreditbank arbeitet mit fremden Geldern von 990 Mill. gegen 340 Mill. im Vorjahr und 192 Mill. Ende 1917.

Es ist lehrreich, neben diesen Banken das größte deutsche Institut des tschecho-slowakischen Staates, die Böhmische Union-Bank zu betrachten. Während den tschechischen Instituten bereits das Jahr 1918 in den letzten Monaten eine starke Ausdehnung und entsprechende Gewinne gebracht hatte, war die Union-Bank wie die Wiener Banken zu einer empfindlichen Dividendenkürzung gezwungen, denn sie hatte, so wie die Wiener Institute — aber im Gegensatz zu den tschechischen — einen namhaften Kriegsanleihebesitz, der abgeschrieben werden mußte, und sie sah bei der damaligen Unsicherheit

des weiteren Schicksals Deutsch-Böhmens sich vor einer höchst ungewissen Zukunft. Das Jahr 1919 hat nun allerdings in dieser Hinsicht Klarheit geschaffen und auch der Union-Bank einen beträchtlichen Aufschwung ermöglicht. Aber während sie bis ins letzte Kriegsjahr an Kapitalskraft der Zivnostenska banka mindestens ebenbürtig war und durch ihre Beziehungen zur Großindustrie, wie nach dem ganzen Zuschnitt ihres Geschäftes viel eher Großbankcharakter hatte als diese, ist sie von der Zivnostenska banka nunmehr weit überflügelt. Das Aktienkapital beträgt noch immer 80 Mill. und soll demnächst auf 120 Mill. erhöht werden. Kreditoren und Einlagen sind allerdings auf 1316 Mill. gestiegen, also weit höher als die fremden Gelder irgend einer tschecho-slowakischen Bank mit Ausnahme der Zivnostenska banka, aber der industrielle Konzern der Bank hat sich nicht erweitert und neuerdings hat sie ihre alpenländischen Filialen — das einzige Provinzinstitut, das seine Tätigkeit über ganz Österreich hatte ausdehnen können — an die Steiermärkische Escompte-Bank abtreten müssen.

Sehr bezeichnend ist die Zurückhaltung, die das Finanzkapital der alliierten Großmächte gegen die tschechischen Banken übt. Die Franzosen haben — wie bereits erwähnt — 25 Mill. K Prager Kreditaktien übernommen. An der letzten Kapitalserhöhung der Böhmischen Industrialbank hat sich die Niederländische Handels-Gesellschaft beteiligt. Aber zu einer engeren Verbindung westlichen Kapitals mit einer Prager Bank — wie sie etwa mit Wiener und Ofenpester Banken hergestellt oder angebahnt ist — ist es bisher nicht gekommen. Das ist umso bemerkenswerter, als die tschechoslowakische Industrie ein beliebtes Gebiet namentlich französischer Kapitalsexpansion geworden ist. Es scheint, daß im Westen trotz der engen politischen Beziehungen zur tschechoslowakischen Republik der gefestigte Kredit der alten Wiener und Ofenpester Banken ihnen einen beträchtlichen Vorsprung vor der jungen Prager Kapitalsorganisation gibt, gegen die sich die westlichen Kapitalskreise noch recht abwartend verhalten.

Wieder ganz anders als in Wien und Prag haben sich die großen Kreditorganisationen in Ofenpest seit dem Zusammenbruch entwickelt. Dort war die politische Erschütterung am schwersten. Und dort ist man noch immer am weitesten von einer normalen Ordnung entfernt. Nach der Herbstrevolution des Jahres 1918 folgte im Frühjahr 1919 die Diktatur des Proletariats, die im Juli von den Rumänen niedergeworfen wurde, die wieder die Herrschaft einem gegenrevolutionären Regime überließen, welches seither durch seine Regierungsmethode den Widerstand der westlichen Welt herausfordert und einen wirtschaftlichen Wiederaufbau unmöglich macht. Infolge dieser Vorgänge haben die Ofenpester Banken für 1918 überhaupt nicht Rechnung gelegt und erst jetzt für die Jahre 1918 und 1919 gemeinsame Bilanz veröffentlicht. Dabei ist nirgends zu erkennen, wieviel von den Erträgnissen auf das Jahr 1918, von dem noch 10 Monate unter die alte Monarchie fielen, und wieviel auf das Jahr 1919 entfällt, dessen Arbeit wiederholt von Bolschewismus und rumänischer Okkupation ausgefüllt war. Im allgemeinen scheinen die Banken dadurch keinen schweren Schaden erlitten zu haben. Nach dem Sturz des Räteregimes stellte sich heraus, daß die Effektendepots und sonstigen Wertbestände der Banken fast durchaus unversehrt waren, so daß sich der Schaden auf die Vorräte an „weißem Geld", welches auf ein Fünftel abgestempelt wurde, und auf die Forderungen aus der Bolschewikizeit beschränkt, über deren Behandlung die Regierung noch nicht schlüssig geworden ist. Die Verluste an Kriegsanleihen wurden überreich aufgewogen durch die enorme Wertsteigerung der Aktien und sonstigen Gewinne.

Übrigens ist die Großindustrie gleichfalls im allgemeinen glimpflich davongekommen, so daß auch von daher die Banken keine großen Verluste treffen. Aber im Gegensatz zu den Wiener Banken haben die Ofenpester Banken keine Inflations- und Liquidationskonjunktur gehabt. Während den Wiener Banken reiche Gewinne aus ihren Zweigstellen in den Nationalstaaten zuflossen, waren und sind bis heute die Ofenpester Banken mit ihren Filialen und Tochterinstituten in den abgetretenen Gebieten außer Verbindung, deren künftiges Verhältnis zu den Ofenpester Mutterinstituten noch ganz ungewiß ist. Die Ofenpester Börse hatte nach ihrer Wiedereröffnung auch ein ziemlich lebhaftes Geschäft, aber die Beteiligung des Auslandes fehlte, wie auch der Verkauf größerer Aktienbestände gegen hochwertige Valuta nur in ganz vereinzelten Fällen stattfand. Die Wiederbelebung der industriellen und kommerziellen Geschäfte hat sich in engen Grenzen gehalten, die Emissionstätigkeit ruhte fast vollständig und schließlich war auch der Verkehr mit den Nationalstaaten, der den Wiener Banken so reiche Valutagewinne abwarf, von Ungarn her fast völlig unterbrochen. So blieben die meisten Erträgnisquellen, die den Wiener Banken zuflossen, in Ungarn unergiebig. Aber auch die Bilanzziffern zeigen bei weitem nicht die sprunghafte Ausdehnung, die bei allen Wiener Banken zu verzeichnen ist. So betrugen die fremden Gelder bei den vier größten ungarischen Banken

	1917	1919
	Mill. K	
Ungarische Kreditbank	1546	2337
Kommerzialbank	1891	2794
Bank- und Handels-A.-G.	705	984
Escompte- und Wechsler-Bank	683	871

Zur Sicherung ihres weiteren Bestandes scheinen die ungarischen Banken, die mit viel größerer Feindseligkeit der Regierungen in den Nachfolgestaaten rechnen müssen als die Wiener im früher österreichischen Gebiet, durchweg auswärtige Stütze zu suchen. Durch die Beteiligung des Ententekapitals soll die Organisation der Ofenpester Banken aufrechterhalten und womöglich ihre Stellung im Osten (Rumänien und Balkan) erweitert werden. Von Transaktionen dieser Art sind bisher vor allem drei von Bedeutung: Die Fusion der Holzbank und der Ungarischen Landesbank zur Ungarisch-italienschen Bank mit 300 Mill. Aktienkapital unter der Ägide der Banca Commerciale Italiana, die Beteiligung englischen Kapitals (Marconigruppe) an der früheren Bank- und Handels-A.-G., die unter Kapitalserhöhung von 120 auf 220 Mill. ihren Namen in Ungarisch-britische Bank abgeändert hat und schließlich die bedeutsamste Transaktion dieser Art aus der jüngsten Zeit, die Beteiligung französischen Kapitals an der Ungarischen Kreditbank. Diese erhöht ihr Kapital von 160 auf 280 Mill. und begibt davon 80 Mill. K, also bei der Zersplitterung des übrigen Aktienbesitzes ein durchaus ausschlaggebendes Paket zu 500 %, an die Union Européenne Industrielle et Financière, eine vor kurzem ins Leben gerufene Gründung von Schneider-Creuzot und der Banque de l'Union Parisienne, an der aber auch die übrige Pariser Haute Banque (Crédit Lyonnais, Banque de Paris, Société Générale, Comptoir National) teilnahmen. Die Kreditbank wird darnach über ein ausgewiesenes Eigenkapital von über 880 Mill. und daneben über ihre Rückendeckung an der Österreichischen Kreditanstalt und dem Haus Rothschild verfügen. Welche Pläne das französische Kapital mit dieser Beteiligung verfolgt, ist noch nicht zu ersehen. Daß Schneider-Creuzot, der einen maßgebenden Einfluß auf die tschechoslowakische Schwerindustrie erworben hat, diese Verbindung patronisiert, weist in die Richtung auf die von Frankreich geförderte Donau-Föderation. Es bleibt abzuwarten, wie sich nunmehr die tschechischen Kreise zu solchen Plänen verhalten und in welcher Weise diese verwirklicht werden sollen.

28. Juli 1920. *Dr. G. St.*

England

Außenhandel und Außenhandelsförderung — Die Gefahr des Dumping

Die Außenhandelszahlen im 1. Halbjahr 1920 spiegeln die günstige Entwicklung wider, die Englands Wirtschaft nimmt trotz aller Gefahren, die ihr drohen, trotz aller Unruhe im Innern, trotz aller Kämpfe im Äußeren.

In nachstehender Tabelle sind die Ergebnisse für das 1. und 2. Vierteljahr 1920 mit der gleichen Periode des Jahres 1913 verglichen. Dabei werden an der Hand der Mengenangaben und, wo solche in den Außenhandelsberichten nicht angegeben sind, nach Schätzungen, die vom Board of Trade vorgenommen werden, die Werte auf das Niveau von 1913 reduziert. Auf Qualitätsunterschiede kann dabei naturgemäß keine Rücksicht genommen werden, so daß ein Moment der Ungenauigkeit in den Angaben immer vorhanden bleibt.

Außenhandel im 1. Halbjahr 1920 (Werte in 1000 £)

	Einfuhr (ausschl. Wiederausfuhr)			Ausfuhr (ausschl. Wiederausfuhr)		
	1913	1920		1913	1920	
Kl. I: Nahrungsm., Getr. u. Tabak	Reduzierte Werte	Volle Werte		Reduzierte Werte	Volle Werte	
1. Viertelj.	62 333	66 031	180 939	6 884	5 097	13 030
2. „	68 451	61 786	177 947	7 255	3 863	12 291
1. Halbj. .	130 784	127 817	358 936	14 139	8 960	25 321
Kl. II: Rohstoffe u. Halbfabr.						
1. Viertelj.	59 937	53 180	184 178	15 544	10 124	44 961
2. „	42 238	46 928	154 260	16 805	7 933	36 853
1. Halbj. .	102 175	100 108	338 438	32 349	18 057	81 814
Kl. III: Fertigfabrikate						
1. Viertelj.	42 230	33 146	89 589	102 514	74 189	233 206
2. „	43 192	40 750	109 094	103 329	82 341	288 498
1. Halbj. .	85 422	73 896	198 683	205 843	156 530	521 704
Kl. I—IV*):						
1. Viertelj.	165 195	152 620	455 472	127 310	90 761	295 543
2. „	154 500	149 695	441 972	129 751	95 399	341 924
1. Halbj. .	319 695	302 320	897 444	257 061	186 160	636 567

*) Kl. IV ist unbedeutend an Umfang. Sie enthält: Verschiedenes, einschließlich Paketpost, und lohnt nicht separat aufgeführt zu werden.

Man ersieht aus dieser Zusammenstellung, daß die Einfuhr tatsächlich wieder das Niveau von 1913 erreicht hat. Die Ausfuhr an Rohstoffen dagegen bleibt infolge der zurückgegangenen Ausfuhr an Kohlen und Eisen erheblich hinter dem Vergleichsjahr zurück; die Ausfuhr an Fertigfabrikaten täuscht in dieser Zusammenstellung; die Ausfuhr in den meisten Artikeln hat, wie eine separat vom Board of Trade aufgestellte Tabelle nachweist (Platzmangel verbietet ihren Abdruck), eher zugenommen; das Ergebnis wird aber durch den Ausfall der Ausfuhr an Eisen und Baumwollfabrikaten maßgebend beeinflußt.

Wenden wir uns nunmehr von diesen Vergleichszahlen ab und werfen einen Blick auf die Ergebnisse der einzelnen Monate.

Außenhandel und Zahlungsbilanz im 1. Halbjahr 1920 (Beträge in Mill. £): *)

		Gesamteinfuhr	Gesamtausfuhr	Wiederausfuhr	Britische Ausfuhr	Einfuhrüberschuß
Januar	1919...	134,55	51,90	4,56	47,34	82,65
„	1920...	183,50	131,34	25,46	105,88	52,16
Februar	1919...	106,64	52,03	8,12	48,91	54,61
„	1920 ..	170,51	108,57	22,60	85,96	61.94
März	1919...	105,76	53,11	8,95	44,16	52,65
„	1920...	176,65	103,70	27,03	67,67	72,95
April	1919...	112,06	371,83	13 35	58,48	40,23
„	1920...	167,15	126,66	20,41	106,25	40,49
Mai	1919...	135,61	75,85	11,50	64,35	59,76
„	1920...	166,33	139,58	20,26	119,32	26,75
Juni	1919...	122,88	76,52	11,96	64,56	46,32
„	1920...	170,49	136,47	20,12	116.35	34,02
1. Halbj.	1919...	716,78	390,19	55,43	334,76	326,69
1. „	1920...	1033,33	773,36	135,89	637,47	259,97

*) Vgl. hierzu die Bemerkungen in Nr 17, S. 253.

Ein besonders günstiger Monat war der Mai, dessen gewaltige Ausfuhr bei relativ niedriger Einfuhr den Passivsaldo der Handelsbilanz auf 26 Mill. £ reduzierte. Weniger günstig waren Juni und April; bei den Aprilzahlen muß man bedenken, daß der Monat einen Arbeitstag weniger hatte als der Mai; dagegen hat der Juni einen mehr, doch sind die Ausfuhr- wie die Einfuhrzahlen der drei Monate nicht so abweichend voneinander, daß man eine ausgesprochene Tendenz in irgend einer Richtung feststellen kann. Vergleicht man aber mit dem Vorjahr, so wird eine Tendenz sofort ersichtlich; sie lautet: eine mächtige Ausdehnung der Ein- und Ausfuhr wie der Wiederausfuhr, die alle fast den doppelten Umfang angenommen haben; gleichzeitig aber ein schnelleres Anwachsen der Ausfuhr, im Verhältnis zur Einfuhr. Das ist von besonders günstigem Einfluß auf die Zahlungsbilanz. Im abgelaufenen Halbjahr betrug der Passivsaldo der Handelsbilanz rund 67 Mill. £ weniger als im Vorjahr und, noch erfreulicher für den Engländer, die Tendenz scheint zu bestehen, das Resultat weiter zu verbessern. Ob die unsichtbare Ausfuhr allerdings in der Lage sein wird, die Zahlungsbilanz zu balanzieren, muß noch dahingestellt bleiben. Die günstige Tendenz, die trotzdem deutlich wahrzunehmen ist, dürfte in erster Linie auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß England derjenige europäische Staat ist, dessen industrielle Organisation unter den Wirkungen des Krieges am wenigsten gelitten hat. Es ist ihm daher möglich, wenn auch nur auf dem Wege äußerst einschneidender Maßregeln, vor allem auf finanziellem Gebiet, eine einigermaßen „natürliche Ordnung" wiederherzustellen, d. h. Handel, Industrie und Gewerbe von den Fesseln bürokratischer Vorschriften zu befreien und so diejenige wirtschaftliche Verfassung zu schaffen, die für das Gedeihen der industriellen Gemeinschaft am vorteilhaftesten ist. Daß es sich dabei nicht um das alte „laissez faire" handelt, geht indessen aus einer Reihe sorgfältig vorbereiteter Maßregeln und Veranstaltungen hervor. Erwähnt sei heute nur, daß das Kabinett noch immer an der „Special Industries Bill" (dem Gesetzentwurf zum Schutz der Schlüsselindustrien) arbeitet, und daß man hofft, den Gesetzentwurf im Anfang der nächsten Parlamentssession beraten zu können.

Weiter wird der englische Handel gefördert durch eine Reihe von Messen, von denen die wichtigsten in der nächsten Zeit die folgenden sind: die Empire Timber Exhibition, die zum Zweck der Entwicklung des Reichsholzhandels und des Ausbaus der Reichsförstereien vom Department of Overseas Trade organisiert wurde (5.—17. 7.), die Machine Tool and Engineering Exhibition — hierbei handelt es sich um die Förderung der Schlüsselindustrien (4.—25. 9.), die Business Efficiency Exhibition, veranstaltet von der Birminghamer Handelskammer (18.—24. 9.), die der Kenntnis und der Entwicklung der Handelsmethoden und Handelsbräuche dienen soll. Eine größere Anzahl kleinerer Spezialmessen und Ausstellungen sowie eine lange Reihe jährlich wiederkehrender Spezialmessen und Ausstellungen hier aufzuzählen, würde zu weit führen.

Aber der aufblühenden englischen Industrie und dem fortschreitenden englischen Handel droht eine Gefahr, die man in Ententekreisen gar zu leicht übersieht: die Gefahr einer zu großen Kriegsentschädigung von seiten Deutschlands. Mr. John Foster Dulles, ein amerikanischer Finanz- und Rechtssachverständiger in Versailles und Mitglied des Obersten Wirtschaftsrats hat in einem Interview,

das er der New York „Sun“ gewährt hat, mit allem Nachdruck auf diese Zusammenhänge hingewiesen. Es ist wohl der Mühe wert auf die Ausführungen eines ersten amerikanischen Sachverständigen, dessen Unparteilichkeit über allen Zweifel erhaben ist, mit ein paar Worten einzugehen. Nach seinen Ausführungen war es bei dem Versailler Friedensschluß deshalb nicht möglich, eine definitive Summe als Kriegsentschädigung von Deutschland festzusetzen, weil die Forderungen der Entente zu hoch waren, und weil die Gegner so hoher Forderungen lieber abwarten wollten, bis die Gemüter sich beruhigt hätten, und die Lage klarer zu übersehen wäre. Wie die Dinge jetzt liegen, könne man zweierlei feststellen: erstens, daß die Deutschen fest entschlossen seien, jede von ihnen übernommene Verpflichtung ordnungsgemäß auszuführen und zweitens, daß sie unter bestimmten Bedingungen jede Summe zu bezahlen in der Lage seien, die ihnen auferlegt wird. (Dies scheint uns eine etwas pittoreske Übertreibung zu sein. Die Schriftleitung.) Aber diese Zahlungen können nur in Form von Diensten oder von Waren geleistet werden. Die deutsche Industrie vermöge ihre Produktion beliebig auszudehnen und beliebig viel Waren auf die Weltmärkte zu schleudern; sie bedarf nur der Rohstoffkredite. Nehmen wir ein Beispiel: Amerika gewährt Deutschland einen Rohbaumwoll- und Wollvorschuß von 300 Mill. $; die deutsche Industrie verarbeitet ihn zu Waren im Werte von 1 Milliarde $. Von diesen dienen rund 300 Mill. zur Rückzahlung der Kredite, 400 Mill. bleiben in Deutschland zum kümmerlichen Unterhalt der Bevölkerung und 300 Mill. dienen als Abzahlung auf die Kriegsentschädigung. In gleicher Weise würde die ganze deutsche Industrie in dem Dienst der Schuldzahlung verwandt werden, und es ist klar, daß beliebig hohe Summen aus ihr herausgepreßt werden könnten; aber würde die Industrie der Gläubigerländer davon einen Vorteil haben? Der Interviewer warf ein: „das führt uns auf den Stand von 1914 zurück“. „Darin liegt die Gefahr“, erwiderte Mr. Dulles, „wenn wir die Kriegsentschädigung sehr hoch bemessen, wird Deutschland zur größten industriellen und exportierenden Maschine, die die Welt je gesehen hat. Alle zivilisierten Länder der Welt werden in weitem Umfang von Deutschland abhängig werden. . . Für uns gibt es zwei Wege (und das gleiche gilt natürlich für England): wir sind eine Gläubigernation und wir können eine volle Bezahlung unserer Außenstände fordern; wenn wir das tun, werden unsere Schuldner ihre Waren zu Schleuderpreisen auf unsern Markt bringen. Wir werden dann ein allgemeines Bombardement der industriellen Völker der Welt gewärtigen, das auf unsere Industrie einen Druck ausüben wird, dem sie kaum standzuhalten in der Lage sein wird.“ . . .

Diese Gefahr des Dumping ist es, die Folge der überspannten Forderungen der Entente, die für England gefährlich werden wird, wenn auf der Konferenz zu Genf bei der Festsetzung der Kriegsentschädigung nicht der zweite, von Dulles vorgeschlagene Weg beschritten wird, nämlich der: daß die Gläubigerstaaten auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten und dadurch „tatsächlich unendlich gewinnen würden, sowohl an Prestige, wie an realen Gütern durch Wiederherstellung des normalen Laufs des Handels.“

Dr. Th. Plaut

Argentinien

Menge und Wertsteigerung der Einfuhr — Eine Lehre für den deutschen Export — Umstellung in der argentinischen Ausfuhr — Weizenausfuhr und Brotteuerung — Die Aussichtslosigkeit der deutschen Anleiheverhandlungen — Die Notwendigkeit eines Weizenausfuhrverbotes

Buenos Aires, den 6. Juli 1920.

Auch jetzt noch, wo durch die Überleitung aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft auch hier eine gewisse Umstellung erfolgen mußte, befindet sich Argentinien inmitten einer fabelhaften Hochkonjunktur. Gleichzeitig herrscht eine Teuerung der notwendigsten Artikel des täglichen Bedarfes, die auf den ersten Blick im Land der riesigen Produktionsüberschüsse an Weizen, Fleisch und Wolle unbegreiflich erscheint. Ursache und Wirkung ist aus den letzten Statistiken, wenn man sie kritisch betrachtet, wohl herauszulesen. Im Ausland, und namentlich in Europa, wo man daran gewöhnt ist, daß die Verteuerung der Lebenshaltung sich weniger in Zahlen, als in sozialen oder innerpolitischen Bewegungen äußert, darf man sich weder von den Ziffern des argentinischen Handels blenden und zu überschwenglichen Erwartungen in die Aufnahme- und Absatzfähigkeit des Landes verleiten lassen, noch aber aus gelegentlichen Meldungen über die Teuerung etwa einen Rückschluß auf eine unsichere soziale und politische Struktur ziehen. Die Lage läßt sich wohl am besten also kennzeichnen: Argentinien ist eines der reichsten und gesundesten Länder geworden und zwar durch den Krieg. Es wird sich für die nächste Zeit noch Gelegenheit zu vielen glänzenden Geschäften bieten. Solange die Konjunkturkurve aufwärts weist, solange das Geldverdienen für die große Mehrheit des Volkes leicht ist, wird die herrschende Teuerung zwar mit Murren, aber ohne gewaltsame Äußerungen hingenommen werden. Apostel des Aufruhrs haben hier solange keinen Erfolg, wie jeder, der aus Europa nach Argentinien zurückkehrt, — bei den Neuankömmlingen ist das nicht in demselben Maße der Fall — ein wahres Paradies auf Erden zu finden glaubt und selbst diese Ansicht verbreiten hilft. Sollte aber ein Rückschlag eintreten und sollten bis dahin von der Regierung keine wirksamen Maßregeln getroffen worden sein, um die Preise des täglichen Bedarfes abzubauen, — dann könnte es geschehen, daß die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Erschütterungen der kriegsmüden alten Welt auch hier in der neuen den Boden erbeben machen. Die ersten Vorbeugungsmaßregeln sind vor Monatsfrist durch das Gesetz über die Zuschlagszölle auf den Weizenexport bereits getroffen worden. Da sie die erstrebte Verbilligung des Brotes nicht herbeigeführt haben, ist mit einem vollkommenen Weizenausfuhrverbot mit Sicherheit zu rechnen.

Die offiziellen Statistiken erscheinen mit ziemlicher Verspätung, sind aber seit einiger Zeit gegen früher ungleich wertvoller geworden, seit man begonnen hat, in ihnen einen Unterschied zwischen nominellen und tatsächlichen Werten zu machen. Erstere beruhen im großen und ganzen immer noch auf den aus dem Jahre 1906 stammenden Wertansätzen des Zolltarifs, geben daher in Anbetracht der inzwischen eingetretenen Vervielfältigungen der Preise ein schiefes Bild. Dem wird durch die auf Grund der jeweiligen Weltmarktlage errechneten tatsächlichen Werte abgeholfen. Die letzte vorliegende Außenhandelsstatistik bezieht sich auf die ersten 9 Monate des Jahres 1919. Wir lassen die nominellen Wert-

berechnungen beiseite und beschränken uns auf die tatsächlichen Werte in Mill. Pesos Gold:

	Gesamthandel	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhrüberschuß
Januar/September 1919	1183,8	719,2	464,6	254,5
„ „ 1918	986,4	620,5	365,9	254,6

Für Deutschland, das als Lieferant Argentiniens einstweilen noch wenig in Betracht kommt und infolge der Wertsteigerung der Mark, leider aber auch infolge der vielerörterten Mißstände im deutschen Exporthandel auch in der nahen Zukunft wohl wenig in Wettbewerb wird treten können, ist interessant, daß unter den Abnehmern Argentiniens Holland mit 36 967 662 Pesos Gold gegen nur 640 912 in der gleichen Periode 1918 an vierter Stelle hinter Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Frankreich stand. Ein beträchtlicher Teil dieser nach den Niederlanden bestimmten argentinischen Ausfuhr wird also seinen Weg nach Deutschland gefunden haben. Die Versuche der deutschen Regierung, für den Bezug argentinischer Produkte einen Kredit in ähnlicher Form zu erhalten, wie er zu Beginn dieses Jahres nach endlosen Verhandlungen und hartnäckigem Widerstand im Kongreß England, Italien und Frankreich schließlich doch zum zweiten Male gewährt worden ist, sind bisher erfolglos gewesen und haben einstweilen auch nicht die geringste Aussicht auf Erfolg. Es muß daher Deutschlands Bestreben sein, im argentinischen Import wieder eine Rolle zu spielen.

In dieser Hinsicht ist die soeben erschienene Spezialstatistik über die Einfuhr nach Argentinien während des ganzen Jahres 1919 von außerordentlichem Interesse. Nach ihr belief sich der tatsächliche Wert der Gesamteinfuhr während des letzten Jahres auf 655,8 Mill. Pesos Gold gegen 500,6 im Jahre 1918, was einer Zunahme von 31 % entspricht. Die Weiterführung der nominellen Werte in den offiziellen Statistiken könnte den Anschein erwecken, daß der Wert der Einfuhr des Hochkonjunkturjahres 1919 weit hinter dem der Vorkriegsjahre zurückstand. Denn der nominelle Wert der vorjährigen Einfuhr bleibt mit 229,7 Mill. Pesos Gold nicht nur hinter dem Rekordjahr des letzten Jahrzehnts 1913 mit seinen nominellen 421,4 Mill. beträchtlich zurück, sondern erreicht nicht einmal die drei Vorkriegsjahre 1910/12 und das Kriegsjahr 1914, Argentiniens Einfuhr hätte im letzten Jahre vielmehr kaum die des zweiten Kriegsjahres 1915 um knappe 3 Mill. Pesos übertroffen. Interessant sind diese nominellen Werte immerhin als Anhalt für den Vergleich der eingeführten Mengen. Kurz zusammengefaßt führt dieser Vergleich zu folgendem Ergebnis: Die Menge der eingeführten Artikel erreichte während des letzten Jahrzehnts ihren Höhepunkt im Jahre 1913 mit einer Steigerung von 19,8 % gegen das Jahr 1910 und ihren Tiefpunkt im Jahre 1918 mit 52,9 % Verminderung gegen 1910. Im Jahre 1919 verminderte sich diese Differenz auf 34,7 %. Stellt man dagegen den tatsächlichen Wert der Einfuhr als die Summe in Rechnung, die Argentinien tatsächlich für seine Einfuhr hat bezahlen müssen, so ergibt sich, daß die Einfuhr von 1918, obwohl sie an Menge hinter der von 1910 um mehr als die Hälfte zurückblieb, bereits 32 % mehr kostete und im Jahre 1919 hatte sich diese Wertsteigerung gegen 1910 bereits auf 73 % erhöht.

Es kann also nur im Interesse Deutschlands liegen, künftig wirklich nur mit Qualitätsartikeln allerersten Ranges, sei es auch nur in kleineren Mengen, auf dem argentinischen Markt zu erscheinen und unter keinen Umständen zu dem einst von England verspotteten Prinzip „cheap and nasty" zurückzukehren. Mögen die Verhältnisse in Deutschland auch noch so schwierig sein und die Ausfuhr durch Preis- und Lohnsteigerungen, sowie durch die lästigen Preisprüfungsstellen noch so sehr behindert werden.

Zur Kennzeichnung der Wertsteigerungen stellen wir aus der Einfuhrstatistik für 1919 einige Warenklassen, an denen der deutsche Handel früher besonders beteiligt war, mit ihren nominellen und tatsächlichen Werten, sowie der Wertsteigerung in Prozenten gegenüber:

Klasse	nomineller Wert in 1000 Pesos Gold	tatsächlicher Wert in 1000 Pesos Gold	Differenz in %
Textilwaren:			
Seide	5 571	11 716	110
Wolle	6 252	24 767	296
Baumwolle	31 988	96 955	203
Div., darunt. Sackleinewand	19 387	82 800	327
Zusammen	63 198	216 238	242
Eisen und Stahl usw.:			
Roh- und Halbfabrikate	8 621	29 708	245
Fertigfabrikate	17 191	37 872	120
Zusammen	25 812	67 580	162
Chemische und pharm. Artikel	15 134	40 202	166
Öle, Fette einschl. Petroleum Naphta usw.	18 997	35 869	89
Elektrizitäts-Bedarf	3 613	9 079	151
Farben und Drogen	2 640	5 378	104

Offizielle Ausfuhrstatistiken für das laufende Jahr liegen noch nicht vor. Seit der Beendigung des Krieges ist in dem gegenseitigen Verhältnis der beiden wichtigsten Ausfuhrklassen: Produkte des Ackerbaus und der Viehzucht in immer steigendem Maße eine Verschiebung zugunsten des ersteren eingetreten. Das Fleischgeschäft in Form von Gefrier-, Kühlfleisch und Konserven stellt sich nach den Hochkonjunkturjahren des Krieges immer mehr auf die Vorkriegszeit ein, während der Getreideexport fabelhafte Höhen erreicht. Die Rinderschlachtungen sind in der ersten Hälfte des Jahres ungefähr um ½ Mill. Tiere gegen die gleiche Zeit des Vorjahres zurückgeblieben und in der Konservenfabrikation ist durch die Rückgängigmachung großer Bestellungen seitens der alliierten Regierungen geradezu ein Stillstand eingetreten, der gerade in letzter Zeit Preisofferten verursacht hat, die zu dem augenblicklichen Kurse auch für deutsche Käufer verlockend sind. Während noch im Jahre 1919 der tatsächliche Ausfuhrwert allein von Fleischkonserven etwa 100 Mill. Goldpesos betrug, wird dieser Posten der Handelsbilanz in diesem Jahr mit einem Minderertrag abschließen. Ähnlich ungünstig liegen die Verhältnisse seit geraumer Zeit auf dem Wollmarkt. Auch hier übt die Beendigung des Krieges noch heute ihre Nachwirkungen aus. Die Heeresverwaltungen sind vom Markte verschwunden und sogar bemüht, ihre großen Vorräte an Wolle abzustoßen, und der übrige Verbrauch ist unter dem Einfluß der hohen Preise eingeschränkt worden, so daß er sich jetzt auch durch niedrigere Forderungen nicht verlocken lassen will. Man spricht von 14 Mill. kg Rohwolle, die unverkauft in den Lagern von Buenos Aires liegen sollen.

Geradezu ungeheuer ist dagegen die Ausfuhr von Getreide. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres sind, verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres, folgende Getreidemengen verschifft worden:

	1. Halbjahr 1920	1 Halbjahr 1919	Wert 1920 nach Durchschnittspreisen berechnet in Mill. Goldpesos
Weizen	t 4 198 685	856 995	370,0
Mais	„ 1 917 710	863 157	83,6
Leinsaat	„ 582 868	226 369	63,8
Hafer	„ 209 707	109 335	8,8
Zusammen	t 6 908 970	2 055 856	526,2

Bei der Berechnung des ungefähren Wertes muß berücksichtigt werden, daß die angesetzten und in Goldpesos umge-

rechneten Durchschnittspreise von 20, 10, 25 bzw. 10 Papierpesos für je 100 kg Weizen, Mais, Leinsaat und Hafer, namentlich beim Weizen kein genaues Bild geben können, da die Preise lange Zeit der wildesten Haussestimmung zu folgen hatten, um dann, nach Erlaß des Gesetzes über die Zuschlagszölle wieder zu fallen. Es ist jedenfalls nicht zu hoch gegriffen, wenn man den Wert der Ausfuhr von allen Ackerbauprodukten während der ersten sechs Monate des laufenden Jahres auf 550 Mill. und bei vorsichtiger Schätzung des Ausfuhrwertes der Viehzucht, der Forst-, Minen- und Industrieprodukte den Wert der gesamten argentinischen Ausfuhr auf 750 Mill. Goldpesos veranschlagt. Das sind bereits 7 % mehr, als die Gesamteinfuhr während des ganzen Jahres 1919.

Der riesige Weizenexport erklärt ohne weiteres die unglaubliche Tatsache, daß im Weizenland Argentinien das kg Brot 60 Centavos Papier (nach dem heutigen sehr günstigen Kurs 9,25 ℳ) im Einzelverkauf kostet. Daß auch Spekulation und Wucher die Hand im Spiele haben, ist sicher. Die Hauptursache der Brotteuerung aber ist unzweifelhaft die ungezügelte Nachfrage Europas. Da die gleiche Teuerung sich überall und namentlich bei den Artikeln des täglichen Bedarfes in erschreckender Weise bemerkbar macht, blieb der Regierung schließlich nichts anderes übrig, als vor Monatsfrist dem Kongreß einen Gesetzentwurf über die Erhebung von Zuschlagzöllen auf ausgeführten Weizen zugehen zu lassen und gleichzeitig bis zur Annahme der Vorlage die Ausfuhr zu verbieten. Das Gesetz setzt außer den ordentlichen Ausfuhrzöllen, die für den Monat Juli 6,97 Goldpesos für die Tonne Weizen betragen, einen Zuschlagszoll von 4 Pesos Papier (1,76 Pesos Gold) für je 100 kg Weizen und einen solchen von 5 Pesos Papier (2,20 Pesos Gold) für je 100 kg Weizenmehl fest und belastet die aus Weizen und seinen Nebenprodukten hergestellten Erzeugnisse mit einem Zuschlagszoll von 20 % ihres Wertes. Der Ertrag aus den neuen Zöllen sollte dazu bestimmt werden, um zu einem festzusetzenden Marktpreis Weizen zu enteignen und ihn zwecks Herstellung billigen Brotes an die Bäckereien weiterzuverkaufen. Die Vorlage ging nach ungewohnt beschleunigten Beratungen in beiden Häusern des Kongresses durch und wurde in der ersten Juniwoche Gesetz. Die Folge war natürlich ein Sturm der Entrüstung unter den Getreideexporteuren, die sich für schwer geschädigt erklärten, da sie bei ihren in Cifpreisen festgesetzten Kontrakten außerstande seien, den Zuschlagszoll auf den Käufer abzuwälzen. Die Preise an der hiesigen Börse gingen etwas zurück, blieben aber bald auf der Höhe von 26 bis 27 Papierpesos für den Doppelzentner befestigt, als weder die Nachfrage, noch die Ausfuhr geringer wurde. Die Exporteure nämlich verschifften sofort, nachdem das vorläufige Ausfuhrverbot nach Annahme des Gesetzes rückgängig gemacht worden war, was die Schiffsräume fassen wollten, die Regierung nahm zwar beträchtliche Millionensummen aus den neuen Zöllen ein, die Hauptsache aber, die Brotverbilligung, wurde nicht erreicht. Jedenfalls nicht in größerem Maßstab, denn das billige, aus erstklassigem Mehl hergestellte Brot, zu 42 Centavos, das von der Stadtverwaltung von Buenos Aires hergestellt und an das Publikum abgegeben wurde, blieb eine Ausnahme. Ob die neueste Ankündigung einer allgemeinen Preissenkung auf 45 Centavos Papier wirklich Tatsache wird, muß abgewartet werden.

Wenn die Regierung nicht schleunigst ein allgemeines Ausfuhrverbot erläßt, wird bald überhaupt kein Weizen in Argentinien mehr vorhanden sein, um den eigenen Konsum zu sichern. Die Behauptung klingt unglaublich, ist aber statistisch zu erweisen. Als die Zuschlagszölle Gesetz wurden, Anfang Juni, waren noch 2,8 Mill. t Weizen im Lande, davon 1,1 aber bereits für Rechnung der alliierten Regierungen zum baldigen Abtransport gekauft und eingelagert. Zieht man außerdem das Saatgut und die unentbehrlichsten Reserven ab, so verblieben für den Konsum des eigenen Landes etwa 1,45 Mill. t übrig. Davon sind während des Monats Juni 640 000 t verschifft worden. Werden weiter, wie in den beiden letzten Wochen 200—215 000 t wöchentlich außer Landes gebracht, so sind Ende Juli sämtliche Vorräte bis auf das Saatgut und die eisernen Bestände erschöpft. Es ist nicht anzunehmen, daß die Regierung es dahin kommen lassen wird. Da ihre Versuche, von den Vertretern der alliierten Mächte Weizen aus den von ihnen vorweggekauften Beständen zum Preise von 16—18 Pesos Papier je 100 kg zurückzukaufen, gescheitert sind, ist das absolute Weizenausfuhrverbot nur eine Frage von Tagen. Es ist jedenfalls eine Ironie des Schicksals, daß Argentinien sich um den Rückkauf seines eigenen Weizens an die ausländischen Gesandten wendet, denen es nicht nur die eigenen Ackerprodukte, sondern auch den nötigen Kredit zu ihrem Ankauf vorgeschossen hatte. Allerdings hätte die Regierung bei Annahme ihres Angebotes von 16—18 Pesos ein recht gutes Geschäft gemacht.

Man hat im Ausland die Erhebung der Weizenzuschlagszölle vielfach für Willkür angesehen. In England ist man in der ersten unliebsamen Überraschung sogar zu Drohungen übergegangen und hat von einem Kohlenausfuhrverbot als Repressalie gesprochen. Man hat sich in London aber bald wieder beruhigt und sucht vor Toresschluß noch an Weizen aufzukaufen, was fortzubringen ist. In diesen Tagen ging ein Berliner Telegramm durch die hiesige Presse, des Inhalts, daß man in Deutschland den Mißerfolg der bereits erwähnten Anleiheverhandlungen mit Argentinien und die neuen Weizenzuschlagszölle als einen Beweis dafür ansehe, daß Argentinien nicht exportieren wolle. Diese Ansicht ist durchaus irrig. Es steckt kein böser Wille dahinter, sondern einfach die gebieterische Rücksicht auf die dringendsten Bedürfnisse des eigenen Landes an täglichem Brot.

Felix Bagel

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Hamburg 10. 8. ℳ	Berlin 10. 8. ℳ	Amsterdam 10. 8. fl	Zürich 10. 8. fr
Amsterdam, 100 fl...	1560,—	1557,50	—,—	200,25
Barcelona, 100 Pesetas	707,—	701,—	—,—	—,—
Berlin, 100 ℳ	—,—	—,—	6,45	12,80
Brüssel, 100 fr.....	360,—	357,50	23,10	45,90
Budapest, 100 K	24,—	24,—	—,—	—,—
Buenos Aires 100 Pes.	—,—	—,—	—,—	230,—
Helsingfors, 100 F.M.	147,50	147,50	—,—	—,—
Kopenhagen, 100 Kr.	720,—	717,50	46,10	92,—
Kristiania, 100 Kr...	721,25	717,50	46,25	92,—
London, 1 £	170,—	170,—	—,—	21,35
Madrid, 100 Pesetas.	707,—	701,—	45,—	90,—
New York, 1 $	47,12½	46,95	3,01	6,03
Paris, 100 fr	335,50	336,—	21,55	43,—
Prag, 100 K	83,25	83,—	—,—	10,50
Rom, 100 Lire	242,50	233,—	—,—	30,—
Stockholm, 100 Kr ..	973,75	969,—	61,25	124,—
Wien, 100 K.... neu	23,50	23,25	1,55	2,95
Zürich, 100 fr	782,50	780,—	50,—	—,—

	Wien	Prag	Paris	London*)	New York
	6. 8.	6. 8.	9. 8.	7. 8.	9. 8.
	K	K	fr	*)	$
Amsterdam, 100 fl	6300,—	—,—	463,—	10,94	—,—
Berlin, 100 ℳ ..	453,—	117,50	30,--	166,50	2,50
Kopenhagen, 100 Kr	2950,—	—,—	213,—	23,67	—,—
London, 1 £ ...	—,—	—,—	50,86	—,—	3,58 60Tg.
New York, 1 $..	—,—	—,—	14,06	3,68½	—,—
Paris, 100 fr	—,—	—,—	—,—	49,95	7,80
Wien, 100 K ...	—,—	26,25	—,—	6,60	—,—
Zürich, 100 fr ..	3250,—	—,—	232,—	21,94	—,—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländ. Einheiten für 1 £.

Abweichungen von der Münzparität in:

9. 8.	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
Reichsmark.....	−89,57	−89,42	−83,95	−88,19	+287,18
Dt. österr. Krone	−96,82	−97,03	—	—	—
Französ. Frank .	−54,90	−56,75	−34,38	−51,07	—
Pfund Sterling .	− 9,83	−13,20	+30,61	− 3,14	—
Dollar	+21,30	+15,83	+75,33	+28,97	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	31. 7.	7. 8.
Alexandrien	97/16 d pari	97/16 d pari
Bombay/Kalkutta	1 s 11 d—1 s 11⅛ d	1 s 10¾ d—1 s 11 d
Hongkong	4 s 0½ d	4 s 2½ d
Shanghai	5 s 6 d–5 s 7½ d	5 s 10 d—5 s 11½ d
Singapore	2 s 3 21/32 d—2 s 3 31/32 d	2 s 3 21/32 d—2 s 3 31/32 d
Yokohama	2 s 8⅜ d—2 s 8⅞ d	2 s 8⅜ d—2 s 9¼ d
Montevideo T.T.....	55 d—55½ d	56 d—56½ d
Rio de Janeiro	14 1/16 d	14 d
Buenos Aires T.T.....	57⅛ d—57⅝ d	56⅝ d—57⅛ d
Valparaiso 90 T.	11 3/16 d	—

Geldverfassung und Währungspolitik

Wenn auch bisher noch kein Gold aus dem englischen Staatsschatz nach Amerika gesandt worden ist, unterstützt die englische Regierung die Goldverschiffungen Privater, damit so bald wie möglich in London ein freier Markt für Gold vorhanden ist und eine automatische Regelung des Wechselkurses entstehen kann. („Wall Street Journal", Nr. 1 v. 1. 7. 20.).

Nach der „Maandstatistiek van den In-, Uit- en Doorvoer" führte Holland im Juni d. J. für 42 800 fl Gold, davon für 35 991 fl aus Deutschland, und für 27 554 fl Silber, für 14 554 fl aus Deutschland und für 13 000 fl aus der Schweiz ein. Während die Ausfuhr von Gold ganz unbedeutend war, wurden 2 748 605 fl Silber, davon 1 022 515 nach England und 1 350 000 nach Niederl. Ostindien ausgeführt.

„The Near East", Nr. 483 v. 5. 8. 20, gibt eine Übersicht über die Geldbeträge, die Reisende in den Balkanstaaten mit über die Grenze nehmen dürfen. Für Bulgarien ist nur die Ausfuhr von Gold und Silber und von bulgarischen Banknoten über einen Betrag von 500 Lewas verboten. Aus Rumänien dürfen je 1000 Lei, Frank, deutsche und polnische Mark, Lire und Drachmen, je 100 Dollar und türkische Lire und 20 Pfund Sterling ausgeführt werden; der Reisende darf nur Geld einer Währung mitnehmen. Jugoslawien gestattet die Mitnahme von 1000 französischen Franken, 600 schweizerischen Franken, 30 Pfund Sterling, 100 Dollar, 700 Drachmen und 1200 Lire. Ist der Reisende im Besitz mehrerer Währungen, so darf er insgesamt bis zu einem Wert von 1000 franz. Franken ausführen. Verboten ist für Jugoslawien die Ausfuhr von Gold, von Noten der serbischen Nationalbank und von Noten der österreichisch-ungarischen Bank mit Regierungsstempel, ferner von Silbergeld über 5 Dinar. Einfuhrbeschränkungen bestehen für österreichisch-ungarische und bulgarische Banknoten.

Der jugoslawische Finanzminister hat die Ausfuhr von deutschen Marknoten, tschecho-slowakischen Kronen und rumänischen Leis im Werte von mehr als 2000 Dinars aus Jugoslawien verboten. („Industrie- und Handelsztg.", Nr. 169 v. 1. 8. 20.)

Der montenegrinische Perper stand vor dem Kriege dem serbischen Dinar an Wert etwa gleich. 1916 setzten die Österreicher nach ihrem Einmarsch seine Geltung auf die Hälfte herab. Nach dem Anschluß Montenegros an Serbien gewann der Perper seinen früheren Kurs nicht wieder zurück, sondern sank noch tiefer als die südslawische, ehemals österreichisch-ungarische Krone; heute werden 5 Perper gegen einen Dinar umgetauscht. Obwohl im ganzen nicht mehr als 10 bis 12 Mill. Perper im Umlauf sind, weigert sich Belgrad, das Geld zum alten Kurse umzutauschen. („Frankfurter Ztg.", Nr. 558 v. 31. 7. 20.)

Wegen des Mangels an Nickelgeld beginnt Argentinien mit der Ausgabe von Kupfermünzen von 1 und 2 Centavos, die sich bisher wegen ihrer Unhandlichkeit nicht im Verkehr befanden. Es sollen nunmehr auch neue, kleinere Münzen ausgeprägt werden. („Deutsche La Plata Ztg.", Nr. 105 v. 5. 5. 20.)

Die indische Regierung verbot die Einfuhr von Rubelnoten und die Abhebung deponierter Noten und stellte die Zuwiderhandlung unter Strafe, um einer ungesunden Spekulation in ihnen und ihre Verwertung für Propagandazwecke zu verhindern. („Times", Nr. 42 455 v. 6. 7. 20.)

Da der Kurs der indischen Rupie in Ostafrika auf 2 s gesunken ist, ist die Einfuhr von indischen Münzen und von indischem Papiergeld für die Kolonie Kenya, das Uganda Protektorat und das Tanganyika Territorium verboten worden. Reisende dürfen einen geringen Betrag indischer Zahlungsmittel einführen. („Times", Nr. 42 466 v. 19. 7. 20.)

Staatsanleihen

Am 30. 6. 20 betrug die schwebende Schuld Deutschlands insgesamt 132 125,4 Mill. ℳ. Die diskontierten Schatzanweisungen, von denen 6 Milliarden für die Übernahme preußischer Schatzanweisungen aus Anlaß des Übergangs der preußischen Eisenbahnen auf das Reich ausgegeben wurden, beliefen sich auf 113 014 Mill., die weiteren Zahlungsverpflichtungen aus Schatzanweisungen und Schatzwechseln auf 10 915,4 Mill. und die Sicherheitsleistungen mit Schatzanweisungen und Schatzwechseln auf 8196 Mill. ℳ. („Industrie- und Handlsztg.", Nr. 170 v. 3. 8. 20.)

Die im Vertrage von St. Germain vorgesehene Abstempelung der Kriegsanleihewerte wird in Jugoslawien im August d. J. vorgenommen werden. Sie muß bis zum 16. 9. d. J. beendet sein. Zur Abstempelung werden nur solche Anleihewerte zugelassen werden, die sich im Gebiete Jugoslawiens befinden. („Industrie- und Handelsztg.", Nr. 169 v. 1. 8. 20.)

Zur Gewährung von Darlehen an die Industrie ist in Spanien der „Banco de Crédito Industrial" gegründet worden. Es können bis zu 187,5 Mill. Pesos Darlehen gewährt werden, an denen sich der Staat mit 80 % beteiligt. Die Darlehen des Staates werden in Form von „bonos de crédito industrial" gewährt werden, die dem Staat von den Darlehnsempfängern mit 4 % zu verzinsen sind und mit den Privilegien der öffentlichen Staatspapiere ausgestattet werden. („Industrie- und Handelsztg.", Nr. 175 v. 8. 8. 20.)

Im Fiskaljahr 1919/20 betrugen die Einnahmen der Vereinigten Staaten 22 547 Mill. $ und die Ausgaben 23 441 Mill. $, gegen 34 508 und 34 841 Mill. im Vorjahr. Die Entwicklung der öffentlichen Schuld und die Anleihen an die Allierten während der letzten drei Fiskaljahre zeigt die folgende Übersicht (in 1000 $):

Einnahmen aus	1920	1919	1918
Liberty Bonds	5 576	7 899 607	7 566 036
Victory Notes	1 027 546	3 467 841	—
Schatzscheinen	14 728 726	17 182 244	8 790 732
Ausgaben:			
Anleihen der Verbündeten	421 337	3 479 255	4 738 030
Verzinsung der öffentl. Schuld .	1 020 252	619 216	189 743

(„The Economic World", Nr. 2 v. 10. 7. 20.)

Die Kriegsschuld Australiens beläuft sich auf 313 Mill. £. („Financial News", Nr. 11 013 v. 9. 7. 20.)

Schiffahrt und Schiffbau

Deutschland

Neue Hamburger Überseelinien. Die beiden japanischen Schiffahrtsgesellschaften Nippon Yusen Kaisha und Osaka Shosen Kaisha, die bisher monatliche Expeditionen von Hamburg nach Ostasien ausführten, sind der Java-Europa-Konferenz beigetreten und werden demnächst den neuen Dienst Hamburg—Niederländisch-Indien aufnehmen. Die Nippon Yusen Kaisha beginnt in Verbindung mit der Koninkl. Paketfahrt Maatshappij, Amsterdam, ihre Fahrten von Hamburg nach den Haupthäfen Niederländisch-Indiens, der Philippinen usw. Mitte August mit dem Dampfer Tsuruga Maru, die Osaka Shosen Kaisha ihren regelmäßigen Monatsdienst von Hamburg nach Padang, Batavia, Samarang und Soerabaya Ende September mit dem Dampfer Indo Maru, der Güter in Durchfracht nach allen anderen Häfen Niederländisch-Indiens nimmt. *F. H.*

England

Versicherungswesen. Der Leiter der Liverpool and London War Risks Insurance Association, Sir Norman Hill, führte in einer Mitteilung über den Stand der Hinterbliebenenfürsorge, soweit sie die infolge der Kriegsereignisse ums Leben gekommenen Seeleute betraf, aus: Die bisherigen Sätze im Todesfalle oder im Falle vollkommener Erwerbsunfähigkeit betrugen bei einem Kapitän 500 £, bei einem 1. Offizier oder leitenden Ingenieur 400 £, in allen anderen Fällen 300 £. Bis zum März ds. Js. waren 4983 Fälle bearbeitet und im ganzen die Summe von 887 186 £ bezahlt. Im Durchschnitt betrugen die monatlichen Zahlungen 12 000 £, nach den erhöhten Sätzen vom Februar ab zwischen 15—17 000 £. Der kapitalisierte Betrag der bisherigen Zahlungen würde 2 Mill. £ ausmachen. Da der Staat bei der Kriegs-Rückversicherung der Cascos einen Gewinn von 17 700 000 £ gemacht hatte, ist er in der glücklichen Lage, alle Ansprüche aus dieser Summe befriedigen zu können, und es ist nicht zu erwarten, daß die Hinterbliebenen jemals in eine unangenehme Lage kommen werden und andererseits auch nicht die Steuerzahler herangezogen werden können. *P. W.*

Schweden

Veränderungen der schwedischen Handelsflotte im 1. Halbjahr 1920. Nach Berichten der „Norske Veritas" über das 1. Halbjahr 1920 hat Schweden einen Nettozuwachs seiner Handelsflotte von 9 Schiffen von 29 000 Br. R. T. zu verzeichnen. Der Bruttozuwachs stellte sich auf 47 Fahrzeuge von 55 000 Br. R. T., von denen 16 000 t in Schweden gebaut wurden. Der Verlust an Schiffen betrug 38 von 26 000 Br. R. T., der sich wie folgt verteilte: 13 Schiffe von 12 236 t durch Schiffsunfälle, 23 Schiffe von 13 084 t durch Verkauf ans Ausland und 2 Schiffe von 588 t durch Abwracken. Die Anzahl der Schiffe im Bau beläuft sich auf 69 von 114 698 Br. R. T. und weitere 45 Schiffe von 146 450 Br. R. T. sind in Auftrag gegeben worden. Die finanzielle Lage der schwedischen Reederei, im Gegensatz zu manchen ausländischen, ist sehr günstig und gibt berechtigte Hoffnung auf Innehaltung der erteilten Bauaufträge. *F. H.*

Norwegen

Erträgnisse der norwegischen Schiffahrt. Das „Statistike Centralbureau" veröffentlicht interessante Daten über das Geschäftsergebnis der norwegischen Schiffahrt von 1918. Das Gesamtergebnis der Bruttofracht beläuft sich auf 904 975 492 Kr, demgegenüber das Rekordjahr 1917 mit 1 Milliarde 107 Mill. Kr einen Mehrverdienst von nicht weniger als 200 Mill. Kr aufweist. Vergleicht man 1918 mit 1916 (1,062 Mill. Kr), so ergibt sich auch diesem Jahre gegenüber ein nennenswerter Rückgang von ca. 157 Mill. Kr. *F. H.*

Auch die norwegischen Reeder sehen Schwierigkeiten, besonders in Anbetracht des niedrigen Kronenkurses, ihre in England in Bau befindlichen Schiffe zu bezahlen. Der Gesamtbetrag der in den nächsten drei Jahren zu leistenden Zahlungen beläuft sich auf 15 200 000 £. Eine Rundfrage bei den Reedern ergab, daß sie glauben in der Lage zu sein, aus den laufenden Einnahmen zu zahlen: 1920 4 200 000 £, 1921 2 840 000 £, 1922 1 820 000 £. *P. W.*

Türkei

Der „Sémaphore de Marseille" macht darauf aufmerksam, daß, nachdem die Entlöschungsverhältnisse im Goldenen Horn in Konstantinopel sich inzwischen erheblich gebessert haben, die englischen Reedereien den Aufschlag auf die Fracht für Entlöschungsspesen bereits fallen ließen, während die französischen nach wie vor 20 türk. £ für die Tonne den Verladern in Rechnung stellen. *P. W.*

Vereinigte Staaten

Amerikanische Reedereien mit überwiesenen Schiffen. Am 1. 6. waren nicht weniger als 147 Reedereien als Agenten für das „American Shipping Board" tätig. Die nachstehende Liste führt diejenigen Gesellschaften auf, die mehr als 100 000 t dw. zugewiesenen Schiffsraums bereedern:

Barber Steamship Lines, Inc.	372 071	t dw.
J. H. W. Steele & Co., Inc.	264 893	„
Struthers & Dixon	244 964	„
Pacific S.S. Co.	237 800	„
Munson S.S. Line	231 277	„
American Line	225 840	„
N. Y. & Cuba Mail S.S. Co.	218 552	„
Oriental Navigation Co.	209 052	„
Cosmopolitan Shipping Co.	192 429	„
Pacific Mail S.S. Co.	186 306	„
Walker & Daly	178 577	„
Strachan Shipping Co.	175 456	„
McAllister Brothers	170 575	„
A. H. & Bull Co.	160 650	„
Livermore, Dearborn & Co.	157 436	„
M. H. Tracy & Co.	148 002	„
Texas Trans. Terminal Co.	144 401	„
Williams, Diamond & Co.	144 200	„
U. S. & Australasia Line	142 038	„
Red Star Line	141 301	„
Callaghan, Atkinson & Co., Inc.	140 179	„
Lykes Brothers	134 031	„
International Freighting Corp.	129 321	„
Harriss, Magill & Co., Inc.	126 738	„
Moore & McCormack Co., Inc.	123 270	„
Wyman Steamship Corp.	119 615	„
France & Canada Steamship Corp.	119 487	„
U. S. Transport Co.	109 200	„
Kerr S.S. Co., Inc.	106 484	„
Green Star Steamship Corp.	100 485	„

F. H.

Versicherungswesen. (Vgl. „W.-D." Nr. 31 vom 30. 7. 20.) Über den Zusammenschluß der Versicherungsgesellschaften der Vereinigten Staaten zu 3 großen Syndikaten erhalten wir noch folgende ergänzende Mitteilung: Das Syndikat A wird Besichtigungen vornehmen und Schadenstaxen aufmachen für alle Schiffe, die dem Shipping Board gehören bzw. gegen Teilzahlungen von ihm verkauft sind, und zwar zum Kostenpreise. Dieselbe Art wird auch für andere Reeder und Versicherer gegen mäßige Vergütung übernommen. Die Inspektion wird dreimal jährlich ausgeführt werden, doch hat das Syndikat nicht die Befugnisse eines Klassifikationsbureaus. Das Syndikat B wird alle stählernen Schiffe, die vom Shipping Board verkauft werden, bis zum vollen Betrage des Verkaufspreises und auch alle schon verkauften Schiffe versichern. Es können bis zu 2 Mill. $ auf ein Risiko gezeichnet werden. Das Syndikat C wird alle amerikanischen stählernen Cascos für große Fahrt versichern bis zu einem Maximalbetrage von 2 500 000 $. An diesem Syndikat können sich ausländische Gesellschaften beteiligen. *P. W.*

Schiffbau. Daß die Amerikaner mit ihren übereilt hergestellten Neubauten nicht auf beste Qualität gesehen haben, ersieht man aus der nachstehenden Zahl der in den ersten drei Monaten ds. Js. havarierten oder total verlorenen Holzschiffe:

	Januar	Februar	März
Seebeschädigung	7	6	7
Maschinenschaden	11	7	5
Leck	6	11	3
Strandung	5	—	6
Feuer	1	2	2
Totalverlust	1	4	6
Zusammen	31	30	29

P. W.

Australien

Die Commonwealth Government Line of Steamers, die im Jahre 1916 vom australischen Ministerpräsidenten, Mr. Hughes, mit 15 in England angekauften Frachtdampfern von ungefähr 106 000 t dw ins Leben gerufen wurde, hat inzwischen ihren Schiffspark stark vermehren können. Er besteht jetzt aus 37 Dampfern von 248 593 t dw, darunter 19 ehemalig deutschen Schiffen. Ein stattliches Bauprogramm von 25 Dampfern mit 235 800 t dw stellt eine Verdoppelung dieser Tonnage in Aussicht. Von den 25 Neubauten sind 5 in England, die übrigen auf australischen Werften in Auftrag gegeben worden. Mit den in England im Bau befindlichen Schiffen beabsichtigt die Gesellschaft in den Übersee-Passagierverkehr einzutreten.

Die Schiffe der Commonwealth Government Line werden zurzeit in regelmäßigen Fahrten zwischen den australischen bzw. tasmanischen Plätzen und den Haupthäfen Englands beschäftigt, und ihre Verwaltung läßt keine Gelegenheit unbenutzt, zu erklären, daß die Schiffe die Aufgabe haben, die Tätigkeit der früher am europäisch-australischen Verkehr in beträchtlichem Umfange beteiligten deutschen Gesellschaften der Deutsch-Australischen Dampfschiffs-Gesellschaft und des Norddeutschen Lloyd zu übernehmen und diesen Verkehr „to develop with more thought for the future of Australian Commerce than naturally was the case with Germans". Diese Absicht der Australia wird indessen die englischen Reeder die Konkurrenz der australischen Schiffe kaum weniger empfinden lassen, denen das Eindringen der australischen Staatsreederei in ihre Interessensphäre längst ein Dorn im Auge ist. *F. H.*

Die australische Schiffbauindustrie zählt jetzt bereits folgende 5 größeren Werften:

Cockatox Island ..	Sydney	Williamstown . Melbourne
Walsh Island	Newcastle	Port Adelaide . Südaustralien
	Marlborough	Queensland

Die 3 erst genannten Werften haben bereits Schiffe vom Stapel gelassen: die Gesamtzahl der auf den australischen Werften im Bau befindlichen Schiffe stellt sich auf 20, ihre Größe schwankt zwischen 5500 und 12 000 t dw. Die Baukosten sind denen der in England gebauten Schiffe ungefähr gleich. Sie stellten sich Mitte dieses Jahres für einen 7500 t dw Frachtdampfer auf etwa 34 £ je t dw. *F. H.*

Japan

Die Zahl der **amerikanischen Schiffe** im Hafen von Yokohama zeigt gegen im Vorjahre eine erhebliche Zunahme und hat die Zahl von 1913 bereits erheblich übertroffen. Im April 1919 verkehrten dort 8 amerikanische Schiffe mit 27 120 t

	und 18	englische	„	„	88 411 „		
Im April 1920	32	amerikanische	„	„	125 825 „		
	und 25	englische	„	„	115 651 „		
1913 ..	56	Schiffe mit	406 167 t	1917.	51	Schiffe mit	159 676 t
1914 ..	56	„ „	389 958 „	1918.	59	„ „	177 227 „
1915 ..	41	„ „	280 363 „	1919.	123	„ „	453 922 „
1916 ..	29	„ „	79 586 „				*P. W.*

Bautätigkeit. Die „Times" melden, daß die Nippon Yusen Kaisha und die Usaka Yusen Kaisha ihren Beschluß, 1 000 000 t Neubauten in Auftrag zu geben, zurückgezogen haben, so daß die Lage für die Werften, die sowieso schon unter dem Rückgang der Konjunktur litten, eine ernste zu werden beginnt, zumal auch aus finanziellen Gründen im Oberhaus zu einem Einschränken der Kriegsschiffbauten geraten wird. *P. W.*

Rohstoffe und Warenmärkte

Kautschuk

Unter den englischen Indexziffern lebenswichtiger Produkte steht Kautschuk mit „75" als einziges unter 100. Die zu Anfang des Jahres vielfach erwartete, an dieser Stelle seit 1918 als unmöglich bezeichnete Preissteigerung, ist also nicht eingetreten. Im Gegenteil, der Wert hat sich ständig vermindert. Es notierten am Londoner Markte:

	Ia. Plantagen Crepe	Smoked Sheets	fine Para
Anfang Januar 1920	2/10¼	2/10¼	2/ 7¼
Ende Juli 1920 ...	1/ 9½	1/ 8	1/10¾

Die Weltproduktion, welche 1914 ca. 120 000 tons betrug, war 1919 ca. 382 000 tons und wird in diesem Jahre 400 000 tons überschreiten; daran werden auch alle Maßnahmen der Rubber Growers Association, die auf eine künstliche Beschränkung der Produktion abzielen, kaum etwas ändern. Man empfiehlt, die Bäume nur jeden zweiten Tag zu zapfen und bisher stark gezapfte Bäume zu schonen, um der Rinde mehr Zeit zum Ausheilen zu lassen, umsomehr als die britische excess profits tax, die den Betrag der 1914 erzielten Gewinne übersteigenden Profite bis auf ca. 26 % wegsteuert. Wenn sich wirklich die Mitglieder der R. G. A. diesen Maßnahmen unterwerfen, so ist damit noch nicht gesagt, daß die holländisch-indischen, amerikanischen und japanischen Gummipflanzungen das gleiche tun, keinesfalls aber ist nach bisherigen Erfahrungen anzunehmen, daß die zahlreichen chinesischen und Native-Pflanzer dies tun werden. Die bisher bekannt gewordenen Ziffern für das erste Halbjahr 1920 zeigen die erwartete Zunahme. So betrug u. a. die Ausfuhr aus den Vereinigten Malayischen Staaten vom 1. 1. bis 30. 6. 55 475 tons gegen 50 717 im Vorjahre. Die Parazufuhren waren vom 1. 7. 19 bis 30. 6. 20 33 910 tons gegen 31 105 im vorhergehenden Jahre.

Der Weltverbrauch ist andauernd groß, hat aber in den Vereinigten Staaten, welche etwa ⅔ der Weltproduktion verarbeiten und die deshalb für die Preisbildung heute allein ausschlaggebend sind, nicht in dem Maße zugenommen, wie man zu Ende vorigen Jahres erwartete. Auch dort machen sich die Folgen der gestörten Weltwirtschaft gelten, und die dortige Industrie hat nunmehr auch mit allerlei Schwierigkeiten zu kämpfen, was auf den Rohstoffverbrauch retardierend zurückwirkt. Die Folge ist eine gewisse Überversorgung mit Kautschuk, welche die Hauptmärkte preisdrückend beeinflußt, nicht nur durch das Fehlen amerikanischer Aufträge, sondern in letzter Zeit sogar durch den Versuch seitens der Staaten, überschüssige Ware nach Europa abzustoßen. Der deutsche Bedarf, welcher im günstigsten Falle etwa 5 % der Weltproduktion beträgt, konnte bisher ohne jede Schwierigkeit gedeckt werden und wird auch weiter leicht zu beschaffen sein.

Die Vorräte, welche im Frühjahr etwas abgenommen hatten, sind inzwischen auf den Hauptmärkten für Plantagen-Kautschuk wieder angewachsen und betragen zurzeit in London etwa 24 000 tons. Auch auf dem holländischen Markte, dem seit einigen Wochen der Abzug fast völlig fehlt, haben sich nunmehr annähernd 3000 tons Vorräte angesammelt. — Für New York fehlen leider die Ziffern.

Der Hamburger Markt, dessen Preisbewegungen im einzelnen infolge der Valutenschwankungen für einen Vergleich mit den Weltmarktpreisen nicht geeignet sind, hat nach lebhaftem Geschäft im 1. Quartal eine ruhige Entwicklung genommen. Der Abzug war im 2. Quartal infolge mangelnder Kauflust der Industrie schleppend, die Zufuhren von Plantagen und Wildkautschuk auf dem Konsignationswege waren ziemlich bedeutend, so daß sich auch hier nennenswerte Vorräte angesammelt haben, die dem Konsum genügende Auswahl bieten bei Preisen, welche vielfach unter der Parität der Weltmarktpreise liegen.

Wie bei so vielen anderen Produkten rechnet man auch für Kautschuk auf eine Besserung des Geschäfts und ein Anziehen der Preise zum Herbst, wobei wohl in erster Linie der Wunsch der Vater des Gedankens ist; denn sicher wird an allem Kautschuk, der bei heutigen Preisen verkauft wird, von allen Inhabern, die nicht Selbstproduzenten sind, viel Geld verloren. — Allerdings ist bei dem heutigen Preisniveau die Erwartung einer Steigerung der Preise für Kautschuk ungleich berechtigter als für sehr viele andere Produkte. Eine wirklich durchgreifende Besserung wird allerdings erst mit Überwindung der gegenwärtigen Weltwarenkrisis und einer Regelung des Wirtschaftslebens zu erwarten sein. Dann dürfte der niedrige Kautschukpreis den Verbrauch stark anreizen, da die Verwendungsmöglichkeit für Kautschuk unter normalen Verhältnissen so gut wie unbegrenzt ist. Nicht angängig aber ist es unter den heutigen Verhältnissen, wie das von gewissen Seiten geschieht, die Produktions- und Verbrauchsstatistiken der letzten 10 Jahre mechanisch nach den bisherigen Prozent-

sätzen der Zunahmen in die Zukunft zu projizieren, um damit eine notwendige starke Erhöhung der Preise und eine Materialknappheit für kommende Zeiten zu beweisen. Beides ist nach meiner Ansicht für absehbare Zeiten nicht zu erwarten. Möglich erscheint mir, daß die bisher enttäuschte Spekulation über kurz oder lang versuchen wird, durch Käufe den Anstoß zu einer Preisbesserung zu geben und daß sie damit einen gewissen Erfolg haben könnte, der allerdings durch Finanzierung und wirtschaftliche Schwierigkeiten, wie die Kohlenknappheit, begrenzt sein wird. *Max Koch*

Neueingänge

Einzusehen im Lesezimmer, Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8—4 Uhr

Deutschland

„Geldumlauf und Thesaurierung". Grundsätze der Notenbankpolitik von E. Kellenberger. Zürich: Orell Füßli 1920. VIII, 232 S.

Wir geben an dieser Stelle nur den Inhalt des Werkes wieder, da eine eingehende Besprechung der interessanten und vielgestaltigen Probleme zu weit führen würde.

I. Dogmengeschichtlich theoretischer Teil: Im Zeitalter der Losung: Geld ein Hortungsmittel (16. u. 17. Jrh.). Geld ein Umlaufsmittel (1700—1776). Geld ein Produktionsmittel (1776—1850). Goldwährung statt Doppel- oder Silberwährung und Festigung derselben (1850 bis heute).

Zweiter Teil: descriptiv statistisch — Die Messung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes (ältere Versuche, Methode Irving Fishers, eigene Erhebungen und Berechnungen) — Verlauf und Messung der Thesaurierung.

„Katastrophenhausse und Geldentwertung". Von Moriz Dub. Stuttgart: Enke 1920. 43 S. (Finanz- u. volkswirtschaftl. Zeitfragen. H. 65.)

Verfasser bringt nichts neues, schildert aber gut und flüssig. Mit der Auffassung, daß die Katastrophenhausse, wie wir sie jetzt erleben, etwas Neues in der Wirtschaftsgeschichte darstelle, wird man sich kaum einverstanden erklären können. Man findet Schilderungen in jedem theoretischen Werk über Krisen.

„Teuerung und Geldentwertung". Von Max Sachs. Dresden: Kaden & Co. [um 1920]. 46 S. 2,— *M.*

„Das deutsche Notgeld 1916—1919. T. 1, 2". Von Arnold Keller. Frankfurt a. M.: Cahn 1920. T. 1: Kleingeldscheine. 2. Aufl. 1920. T. 2: Metallnotgeld v. Fritz Giseke u. Arnold Keller. 1920.

Eine höchst sorgfältige und gewissenhafte Arbeit. Sie verpflichtet nicht nur die Numismatiker zum größten Dank, sie ist dem Geldtheoretiker und vor allem dem Volkswirt ein höchst wertvolles Dokument: ein Beweis für die in gegenwärtiger Zeitgeschichte beispiellose Verdorbenheit unseres Geldwesens. Die Zusammenstellung hat nicht nur für den Sammler, sondern vor allem auch für den Volkswirt, der die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu prüfen hat, z. B. bezüglich der Inflation, den größten Wert.

„Der Stand der Kosten der Lebenshaltung" Indexziffern über die Kosten der Lebenshaltung einer vierköpfigen Familie. Zur Förderung gleitender Entlohnung. Ermittelt u. bearb. v. Moritz Elsas. Jhrg. 1. 1920. Tabelle 4—5. März und Mai 1920. Frankfurt a. M.: Reitz & Köhler Verlag.

Interessantes Material. Zuverlässige Arbeit.

„Führer durch das Schrifttum des deutschen Sozialismus". 2. verm. u. verb. Aufl. von Ernst Dahn. Berlin: Verl. f. Sozialwiss. (1919). 75 S.

Enthält nur das Wichtigste.

„Lehren der Revolution." Zur Frage Reform oder Revolution von Siegmund Günther. München u. Leipzig: Duncker & Humblot 1920. 77 S.

„Das Arbeitsverhältnis im Jenaer Zeisswerk." 7. Aufl. Jena: Vopelius 1919. 37 S.

Eine ebenso interessante wie lehrreiche Schilderung des bekannten Werks, vor allem bedeutsam wegen der Darstellung der Reformen während des Krieges.

„Ratgeber für Betriebsräte." Gesetz v. 4. Febr. 1920 mit einer Darstellung seiner Ursachen und seines Werdeganges sowie einer zusammenfassenden Übersicht über die verschiedenen Arten d. Betriebsvertretungen nebst Ausführungsbestimmungen. 2. verb. u. erw. Aufl. von W. Boesche. Berlin: Kommissionsbuchh. (1920). 254 S.

„Die Betriebsräte." Das Recht der Arbeit in der künftigen Wirtschaft. (Das Betriebsrätegesetz samt den Vollzugsanweisungen) von Sigmund Kaff. Wien: Österr. Metallarbeiter-Verb. 1919. 112 S. (Gewerkschaftl. Zeitfragen. Nr. 1.)

„Jahresbericht des Arbeiterrats Groß-Hamburg." Geschäftsjahr 1919/20. Hamburg: Selbstverl. 1920.

„Hamburg preußisch?" Denkschrift zum Verfassungsentwurf für den hamburgischen Staat v. Bleik Max Bleicken. Hamburg: Hanf (1919). 16 S.

„Neu-Hamburg." Die fehlende Arbeiterstadt des Hamburger Hafens von W. Sieveking und C. Jung. Mit Plan. Hamburg: Hanf (1919). 16 S.

„Frankfurter Wirtschaftsbericht für die Kriegsjahre 1914 bis einschließlich 1919" erstattet v. d. Handelskammer zu Frankfurt a. M. Frankfurt a. M.: Selbstverl. d. Handelskammer 1920. VI, 377 S.

„Der Wert der Pfalz für Bayern und das Reich." Zugleich Erinnerungsschrift zur Hundertjahrfeier der Wiedervereinigung der Pfalz mit Bayern 1816—1916 von Michael Horlacher. Dießen vor München: Huber 1920. 90 S.

Eine sehr interessante wirtschaftsstatistische Darstellung, die naturgemäß nur die Verhältnisse vor Ausbruch des Krieges würdigt.

„Generalkarte von Oberschlesien." 1 : 300 000. Berlin u. Glogau: Flemming & Wiskott (1920). 64×58 cm. [Lith. kol.] (Flemmings Generalkarten Nr. 67.) 3,— *M.*

„Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1919" erst. v. Heinrich Kaufmann, August Müller, Hugo Bästlein. Hamburg: Verl.-Ges. Deutsch. Konsumvereine 1920.

„Die deutschen Abrechnungsstellen im Jahre 1919." Auf Veranlassung der Berliner Abrechnungsstelle bearb. in d. Statistischen Abteilung der Reichsbank. Berlin 1920: Reichsdr.

„Die Sitzung des Gesamtpräsidiums am 10. Februar 1920." Stenogr. Bericht mit den Vorträgen üb. Behandlung d. privaten Bodeneigentums in der Gesetzgebung v. 1919/20. — Reichsnotopfer u. Grundbesitz — Reichsbodengesetz u. Sozialisierung des Wohnungswesens. Berlin: Schutzverb. f. Dtsch. Grundbes. 1920. 80 S. (Schriften d. Schutzverb. f. Dtsch. Grundbes. H. 36.)

„Zeitfragen der Binnenschiffahrt." H. 1. Duisburg: Rhein-Verl. 1919. (Schriften d. Vereins z. Wahrung d. Rheinschiffahrtsinteressen.) 1. Zwei Vorträge. 1) Schmitz, W.: Unsere Arbeit. 2) Ott, Fr.: Der Friedensvertrag u. seine Bedeutung f. d. Rheinschiffahrt.

„Mitteilungen des Deutschen Städtetages." Mitteilungen der Zentralstelle des deutschen Städtetages, hrsg. vom Geschäftsführer des deutschen Städtetages Mitzlaff, Berlin. 12 Nummern. 4,— *M.* Verbandsmitgliedern unentgeltlich.

„Der deutsche Wald." Monatsschrift für Forstwirtschaft. Moorkultur, Holzwesen, Holzbearbeitung und Sägewerke, Verlag F. C. Mayer. G. m. b. H. (Der deutsche Jäger), München, 2. N. W. Keußlinstr. 9, 1,50 *M.* f. d. Viertelj. (f. d. Ausland 7,50 *M.*) 1. Jhrg. 2. Nr. 26. 2. 1920.

Unter Mitwirkung hervorragender Fachleute bearbeitet.

Verantwortlich für: Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten: Hauptschriftleiter Dr. Paul Heile; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft: Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer, Anzeigenteil: Horst Weyhmann, Geschäftsführer des W.-D.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Druck von H. O. Persiehl, Hamburg 8.